

Rudolf van Hüllen

IN HAMBURG NICHTS NEUES?

„Antikapitalistischer“ Krawall und
seine gesellschaftliche Wahrnehmung



Konrad
Adenauer
Stiftung

IN HAMBURG NICHTS NEUES?

„Antikapitalistischer“ Krawall und seine
gesellschaftliche Wahrnehmung

Rudolf van Hüllen

Eine Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

Urheber:
Dr. Rudolf van Hüllen

Herausgeberin:
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2018, Sankt Augustin/Berlin



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).

Erstauflage
Umschlagfoto: picture alliance
Gestaltung und Satz: yellow too, Pasiek Horntrich GbR

Die Printversion wurde bei der Druckerei Kern GmbH, Bexbach, klimaneutral produziert und auf FSC-zertifiziertem Papier gedruckt.
Printed in Germany.

Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.
ISBN 978-3-95721-415-7

INHALT

5		VORWORT	
7		GESELLSCHAFTLICHES WAHRNEHMUNGSPROBLEM	
		Fehlwahrnehmungen mit praktischen Folgen	8
		Neuartige Entschuldungsreflexe	8
11		ZUR STRUKTUR LINKSEXTREMISTISCHER SZENEN	
14		BLICK NACH INNEN: VON DEN BEFINDLICHKEITEN DES LINKEN EXTREMISMUS	
		Verlust der Utopie	14
		Moralischer Bankrott	15
		Relevanz der Feindbilder	17
18		NEUFORMIERUNGEN	
22		DIE HAMBURGER KRAWALL-CHOREOGRAFIE	
		Pull-Faktoren und Gelegenheitsstrukturen	22
		Die Akteure	23
28		NACHLESE	
		Die Stadt: Hamburg als Geisel	28
		Die Politik	29
		Polizei und Justiz	29
		Die linksextremistische Szene	31
35		KONSEQUENZEN	
39		DER AUTOR	
39		ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG	

VORWORT

Im November 1999 war die Polizei von Seattle (USA) buchstäblich bis zum letzten Mann erschöpft. Alle verfügbaren Beamten hatten 48 Stunden lang in Straßenkämpfen sogenannten Globalisierungsgegnern gegenübergestanden. Statt der vorausgesagten wenigen Tausend friedlichen Demonstranten waren 40.000 bestens organisierte Randalierer erschienen, deren vordergründiges Motiv antikapitalistische Kritik war, die tatsächlich aber versuchten, den in der Stadt tagenden Gipfel von Welthandelsorganisation (World Trade Organization, WTO) und Weltbank mit Gewalt zu sprengen. Die USA verfügten nicht über ein Frühwarnsystem „wehrhafter Demokratie“ und hatten daher die Herausforderung falsch eingeschätzt. Nun waren die Vorräte an Pfefferspray definitiv aufgebraucht, und der Gouverneur des Bundesstaates Washington erwog den Einsatz der Nationalgarde – M16-Gewehre wären anstelle des Pfeffersprays zum Einsatz gekommen.

Fast zwei Jahrzehnte später wiederholte sich in Europa – nicht zum ersten Mal – das Szenario, in dem polizeiliche Einsatzmittel gegen politisch links motivierte Gewalt erschöpft waren. Mehr als 20.000 Polizisten hatten beim G20-Gipfel zwar das Treffen der Spitzenpolitiker gesichert, konnten aber ein Stadtviertel, in dem sich tausende Randalierer plündernd austobten, nicht betreten, weil für die Einsatzkräfte Gefahr an Leib und Leben bestanden hätte.

Weder die Choreografie des Krawalls noch seine gesellschaftlichen Träger oder seine fadenscheinigen Rechtfertigungen waren indessen im Juni 2017 in Hamburg grundsätzlich neu. Unzweideutige Aufrufe zu gewaltsamem Protest, die Forderung nach öffentlicher Duldung von „Gipfelcamps“, der berüchtigte „Schwarze Block“, die Durchmischung des friedlichen mit gewalttätigem Protest und die Rechtfertigung der angekündigten Gewalt als Wahrnehmung der Grundrechte auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit durch politische Unterstützerstrukturen – das alles wiederholt sich bei vergleichbaren Anlässen seit mehreren Jahrzehnten. Auch auf der Gegenseite funktionierten die meisten Elemente des überaus komplexen Polizeieinsatzes zuverlässig. Gescheitert ist der Staat in erster Linie an den Langzeitfolgen einer Duldung der Gewalt tragenden linksextremistischen Milieus, die in Hamburg erfolgreich die Machtfrage stellen konnten.

Diese Quittung war in gewissem Sinne überfällig und hatte sich lange zuvor abgezeichnet. De facto gibt es in einzelnen deutschen Großstädten militante Milieus, die inzwischen beanspruchen, das staatliche Gewaltmonopol teils territorial, teils zeitweilig außer Kraft zu setzen. Die (Straf-) Täter profitieren dabei einerseits von einem weitgehenden Versagen der Justiz bei der Verhinderung und Ahndung von Straftaten und andererseits davon, dass ihre Machtansprüche bis weit in die Mehrheitsgesellschaft hinein Akzeptanz finden oder zumindest schulterzuckend hingenommen werden.

GESELLSCHAFTLICHES WAHRNEHMUNGSPROBLEM

Wer den Gründen für die Akzeptanz linker Gewalttätigkeit nachspürt, stößt auf ein gesellschaftliches Wahrnehmungsproblem: Obgleich es geltendes Verfassungsrecht ist, dass „Extremismus“, rechtstechnisch auch mit dem Synonym „verfassungsfeindliche Bestrebungen“ bezeichnet, gesellschaftliche Aufmerksamkeit und Abwehr erfordert, gelten beide nur selektiv. Der Konsens gegen Rechtsextremismus ist stabil und wirksam; hingegen wird bisweilen bestritten, dass es Linksextremismus überhaupt gebe. Solche Behauptungen – manchmal platt politisch, manchmal wissenschaftlich verbrämt – hören Linksextremisten gerne. Sie sehen darin eine Chance, sich aus der optischen Nähe vom Rechtsextremismus zu befreien. Auch der heutige Linksextremismus teilt die grundlegende mentale Disposition und die Rechtfertigungsmuster solcher Gewalt: Geschlossene Weltbilder, absolute Wahrheitsansprüche, dichotomische, stereotype Freund- und Feindbilder, die Vorstellung, für die Durchsetzung des vermeintlich Guten auch schrankenlos Gewalt einsetzen zu dürfen, und die grundsätzliche Ablehnung des gesellschaftlichen Pluralismus – um nur einige Elemente klassischer extremistischer Denkformen zu nennen. Es spricht deshalb nichts dagegen, mit der sogenannten Extremismustheorie auch vergleichend die Distanz antidemokratischer Menschenfeindlichkeit zu Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten zu messen – auch wenn man damit nicht sogleich erklären kann, welche Ursachen menschliche Akteure in solche Denkstrukturen treiben und welche Spezifika für Karrieren als Neonazi, Autonomer oder Dschihadist bestimmend sein können.

Fehlwahrnehmungen mit praktischen Folgen

Wenn also eine im Prinzip abwehrbereite Gesellschaft sich zwar an der Abwehr bestimmter Formen von Extremismus bewährt, andere aber entweder weitgehend ignoriert oder ihnen im öffentlichen Raum sogar noch unangemessene Entfaltungsmöglichkeiten bietet, dann kann man von einer systematisch „unterschätzten“ Gefahr sprechen. Das hat und hatte Folgen für die Verteilung von Forschungs- und Präventionsmitteln gegen Extremismus in Deutschland. Im April 2016 stellte das BKA fest, von 336 Präventionsprojekten in staatlicher Trägerschaft seien fünfundsiebzig Prozent gegen Rechtsextremismus und vier Prozent gegen Linksextremismus gerichtet gewesen.¹ Nur 850.000 von 104,50 Mio. Euro entfielen im Haushalt 2017 auf den Linksextremismus², dessen Personenpotenzial sogar leicht über dem von Rechtsextremismus und Islamismus liegt.³ Das angestrebte Ignorieren des Linksextremismus ist im Kern eine politische Entscheidung, auch wenn sie pseudowissenschaftlich abgestützt wird. Die Evaluation von Projekten gegen Linksextremismus ließ das Familienministerium 2013/14 durch eine Institution vornehmen, die schon vorab der Meinung war, dass der Gegenstand der Prävention im Grunde nicht existiere.⁴

Neuartige Entschuldungsreflexe

Nicht erst G20 in Hamburg, auch zahllose andere „Gewaltevents“ machen das Gegenteil plausibel: Wer einer Demonstration (Art. 8 GG: „... friedlich und ohne Waffen“) das Motto *Welcome to Hell* mitgibt, lässt keine Interpretationsspielräume zum gewünschten Verlauf offen. *Welcome to Hell* war ein Gewaltexzess mit Ansage: vorsätzlich geplant und durchgeführt. Eben weil die Bilder der Ergebnisse derart unmissverständlich ausgefallen waren, wirkten die üblichen Entschuldungsmuster aus dem linksextremistischen Agitationsrepertoire seltsam blass: Die Polizei sei mit schwerem Gerät durch die Straßen der Hansestadt marodiert und deshalb eindeutig für die Eskalation verantwortlich⁵; die Polizei sei „auf Krawall gebürstet“ gewesen und habe schon vorab „den Boden des Rechtsstaats verlassen“⁶. Dieses Muster ist alt: Wenn „das System“ (in marxistisch-leninistischer Auslegung) oder „der Staat“ (in anarchistischer Sichtweise) per se illegitim sind, dann ist allein die Anwesenheit von Polizei „Gewalt“, auf die mit „Gegengewalt“ oder „Widerstand“ reagiert werden darf.

Da diesmal allerdings der Zusammenhang zwischen linksextremistischen Ankündigungen und den eingetretenen Ereignissen unübersehbar war, wurden die Ausflüchte dünnhäutig: So sei die in Hamburg aufgeführte Gewalt kriminell, nicht links. Doch Robespierre, Lenin, Che Guevara und andere würden einer solchen Einschätzung eher widersprochen haben. Für sie gab es durchaus „linke“, nämlich revolutionäre, „linksextremistische“, Gewalt. Ein zwingender Nexus zwischen „links“ und „Gewalt“ existiert indessen gar nicht: Ebenso wie es keine systematische Verbindung von „rechts“ oder „konservativ“ zu politisch rechts motivierter Gewalt gibt, existiert keine solche zwischen demokratisch-links/sozialistisch und politisch links motivierter Gewalt. Was es gibt, ist eine soziologisch und historisch nachweisbare Verbindung zwischen politisch motivierter Gewalt und Rechts- oder Linksextremismus. Wer aber nicht trennscharf zwischen „links“, „radikal links“, „linksextrem“ und „linksextremistisch“ unterscheiden kann, sondern in diesen Phänomenen eher Varianten unterschiedlich stark ausgeprägter „richtiger“ Haltungen sieht, der muss anschließend auch versuchen, selbst klar mit linksextremistischen Begründungen daher kommende Gewalt als „unpolitisch“ zu relativieren. Die fehlende Differenzierung zwischen „links“ und „linksextremistisch“ führt dann auch dazu, dass die historische Bruchlinie zwischen der demokratisch-reformorientierten Linken und dem linken Extremismus, egal, ob in seiner revolutionär-marxistischen oder anarcho-gewaltaffinen Ausprägung, verschwimmt.

„Erosion der Abgrenzung“ nannte Wolfgang Rudzio ahnungsvoll schon 1988 solche Perspektivverschiebungen.⁷ Sie traten zuerst als Wahrnehmungsdefizite über die fundamentalen Unterschiede zwischen einer demokratischen Linken und den scheinseriös auftretenden revolutionären Marxisten (analytisch falsche Bezeichnung bei den Sicherheitsbehörden: „parlamentsorientierter“ oder „nicht gewaltbereiter“ Linksextremismus) in Erscheinung. Heute trifft man sie auch als Erosion der Abgrenzung gegenüber ganz handfest gewaltaffinen Akteuren an (im Jargon der Sicherheitsbehörden: „aktionsorientierter“ oder bis 2014 „gewaltbereiter“, seither „gewaltorientierter“ Linksextremismus).

- 1| *Bundeskriminalamt, IZ32 – Forschungs- und Beratungsstelle Terrorismus/Extremismus (FTE), Extremismusprävention in Deutschland – Herausforderungen und Optimierungspotential, Wiesbaden, 2017, S. 9, 17. Von den sechs Linksextremismusprojekten arbeitete zudem die Hälfte phänomenübergreifend.*
- 2| *Zahlen aus Olaf Opitz, Debatte nach G20-Ausschreitungen, in: Focus vom 13.07.2017.*
- 3| *Der im Juni 2017 veröffentlichte Verfassungsschutzbericht des Bundes für 2016 rechnet dem Linksextremismus 29.400 Personen, dem Rechtsextremismus 23.100 und dem islamistischen Extremismus 24.500 Personen zu; vgl. Verfassungsschutzbericht Bund 2016, S. 40, 103, 160.*
- 4| *Fehlenden Präventionsbedarf mangels Existenz des Problems „evaluieren“, konstatierte das sehr weit links aufgestellte „deutsche jugend institut“ (dji). Es wurde vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gerne als wissenschaftlicher Gutachter eingesetzt. Eine Veröffentlichung des dji von 2013 ließ die Schiefelage schon im Titel erkennen: „Linke Militanz‘ im Jugendalter. Befunde zu einem umstrittenen Phänomen.“*
- 5| *Vgl. Wolfgang Kubicki, Linken-Politiker liefert Argumentationshilfen für Gewaltszenen, in: Focus vom 10.07.2017.*
- 6| *So die Sprecherin der linksextremistischen „Interventionistischen Linken“, Emily Laquer, in einer ZDF-Talkshow am 05.07.2017.*
- 7| *Wolfgang Rudzio, Die Erosion der Abgrenzung. Zum Verhältnis zwischen der demokratischen Linken und Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen, 1988.*

ZUR STRUKTUR LINKSEXTREMISTISCHER SZENEN

Wer diese Langzeitwirkung reflektieren will, tut gut daran, einige grundlegende Parameter zu beachten, die in der Extremismusforschung zu den Standards gehören. Zum einen ist Linksextremismus eine soziale Bewegung, deren Kerne subkulturell geprägt sind. Sie können aber keineswegs so sauber von der demokratischen Mehrheitsgesellschaft abgegrenzt werden, wie das die juristischen Prüfungskriterien der Sicherheitsbehörden („Elemente der freiheitlichen demokratischen Grundordnung“) suggerieren. Behörden benötigen solche rechtssicheren Kriterien, da sie bei ihrer Arbeit Grundrechtseingriffe vornehmen, für die es jeweils einer abstrakt und allgemein formulierten Voraussetzung bedarf, unter die Einzelfälle zuverlässig subsumiert werden müssen.

Für Sozialwissenschaftler stellt sich die Frage anders. Es gibt dem „harten“ Extremismus affilierte Zonen, in denen sich soziale Akteure bewegen, die extremistische Vorstellungen, Ziele und Methoden nur teilweise, in vielfach gebrochener, abgeschwächter und manchmal unbewusster Form teilen. Gibt es direkt außerhalb der organisierten und harten linksextremen Gewalttäter ein „radikales Milieu“, das ihre „Ziele teilt, bestimmte Formen von Gewalt befürwortet“, mit dem harten Gewaltmilieu interagiert und das „auf dessen logistische und moralische Unterstützung“ angewiesen ist?¹ Welche Interaktionen gibt es mit dem als „Erinnerungsgemeinschaften“ vor sich hindämmernden, bisweilen sekten-

förmigen Restbestand der „revolutionären Marxisten“ wie die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) und die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)? Welche Rolle spielen parlamentarische Unterstützer unterschiedlicher Strömungen des Linksextremismus? Gibt es außerhalb der zitierten „radikalen“ auch noch „affine“ Milieus, die als Schutz- und Rückzugsräume fungieren und so immer wieder Gelegenheitsstrukturen für linksextreme Gewalttäter schaffen? Welche Leistungen erbringen die oft wohlstandsgesättigten und mit hohem formalem Bildungsniveau ausgestatteten, in Frankreich *gauche de caviar* genannten Multiplikatoren (Rechtsanwälte, Richter, Lehrer und Hochschullehrer, Journalisten, aber auch Politiker verschiedener Ebenen) bei der Verschleierung und Relativierung des ethischen Unwertes linksextremistischer Gewalt? Und wie weit reichen linksextremistische Einstellungsmuster (Antipluralismus, Verachtung demokratischer Regeln, Ablehnung des staatlichen Gewaltmonopols, Ideologien der Ungleichwertigkeit zugunsten einer Wissensavantgarde) in die Mentalitäten eines linken gesellschaftlichen Mainstreams hinein?² Existiert überhaupt eine gesellschaftliche Exklusion linker Gewalt, so wie sie weitestgehend für ihr rechtes Pendant gegeben ist? Oder ist sie gesellschaftlich *embedded*, dergestalt, dass ihre Sanktionierung nur erschwert oder heute schon gar nicht mehr möglich ist? Diese Fragen können in diesem Papier keineswegs beantwortet, kaum angerissen werden. Sie verweisen auch auf ein gravierendes Forschungsdefizit zu den Ursachen und Hintergründen linker Gewalt, an dessen Aufhellung aber nur begrenztes Interesse zu bestehen scheint.

Wenn man diese unterschiedlichen Schichten linker Protestkulturen, die von der schieren, oft straffälligen Subkultur bis in die Mehrheitskultur reichen können, berücksichtigt, welche Wahrnehmungen haben dann zu einer Eskalation von linker Gewalt geführt, deren qualitative Zunahme von den Sicherheitsbehörden jedenfalls seit Jahren nicht ohne Besorgnis registriert wird?

- 1| *So in Bezug auf den Terrorismus die sehr aufschlussreiche Forschung bei Stefan Malthaner/Peter Waldmann, Radikale Milieus. Das soziale Umfeld terroristischer Gruppen, Frankfurt/Main, 2012, S. 11.*
- 2| *Die einzige jüngere quantitativ-empirische Untersuchung zu linksextremistischen Einstellungsmustern reflektiert auch die Schwierigkeiten, die sich auf diesem Forschungsfeld stellen muss. Sie ist aber keineswegs, wie es von interessierter Seite gerne behauptet wird, „krachend gescheitert“: Klaus Schroeder/Monika Deutz-Schroeder, Gegen Staat und Kapital – für die Revolution! Linksextremismus in Deutschland – eine empirische Studie, Frankfurt/Main, 2015.*

BLICK NACH INNEN: VON DEN BEFINDLICHKEITEN DES LINKEN EXTREMISMUS

Wer linke Militanz verstehen will, muss dazu vorübergehend die Sichtweise der Täter einnehmen, also eine hermeneutische Perspektive, die zwar Verständnis im Sinne von Kognition, nicht aber Empathie einschließt. Aus dieser Sichtweise wird deutlich, dass die Erfahrungen von Linksextremisten seit der epochalen Zeitenwende 1989 von einem sehr dialektischen Erfahrungsmix aus massiven Niederlagen einerseits, einer beachtlichen Duldung im gesellschaftlichen Diskurs andererseits geprägt sind.

Wir unternehmen aus der Perspektive von Linksextremisten zunächst einen Streifzug in die Arena der Niederlagen.

Verlust der Utopie

Der Zerfall des sowjetischen Machtblocks 1989 war – egal wie man als Linksextremist zu ihm eingestellt war – ein zentrales Moment des Verlustes von Utopie. Für die sowjetisch orientierten klassischen Marxisten-Leninisten zerfiel ihr staatlicher Rückhalt, Vergleichbares hatten kurz zuvor die europäischen Maoisten erfahren. Der deutsche Linksterrorismus verübte seinen letzten Anschlag 1993 (Sprengung der JVA Weiterstadt in Hessen) und stellte seine Aktivitäten 1998 völlig ein.

Die mentale Situation schien für die Erben des orthodoxen Marxismus-Leninismus hoffnungslos, denn ihre Utopie ver-

schwand praktisch vollständig aus der Geschichte. Der vorübergehende Versuch, sich ersatzweise am venezolanischen *Chavismo* zu wärmen, scheitert gerade an Staatsterrorismus, flächendeckendem Zusammenbruch der Versorgung und an der weltweit höchsten Mordrate. Stattdessen sahen sich die Restbestände der revolutionär-marxistischen Großfamilie mit dem – aus ihrer Perspektive – zersetzenden Gift gesellschaftlicher Integration („Reformismus“) konfrontiert.

Die anarchistische Großfamilie im Linksextremismus, von den streng disziplinierten Marxisten-Leninisten ohnehin nicht nur organisatorisch, sondern auch mental getrennt, sah sich mit „Globalisierung und Neoliberalismus“ einer weltweiten Verfestigung von „kapitalistischer Modernisierung“ und „Verwertungszwängen“ gegenüber, die anarchistische Utopien auf eine Nischenexistenz verwiesen. Zudem wiederholten sich szenenintern in frustrierender Frequenz jene ermüdenden Debatten, die jede Autonomengeneration neu ausdiskutieren muss. Zwei ragen besonders heraus: Die „Organisationsfrage“: Darf man als Anarchist politischen Kampf eigentlich organisieren? Und die „Gewaltfrage“: Kann organisierte politische Gewalt die Keimform einer herrschaftsfreien Gesellschaft sein, und falls nicht, inwieweit ist Gewalt erlaubt, ohne das Ziel zu desavouieren?

Der allseitige Verlust der Utopie führte zu allerhand sektiererischen Rekonstruktionsanstrengungen, aus denen die Bücher des Literaturwissenschaftlers Michael Hardt und des Ex-Terroristen Antonio Negri sowie ein sehr existenzialistisch anmutendes Papier aus Frankreich herausragten.¹

Moralischer Bankrott

Neben dem Utopieverlust kam es zu einer gewissen „ideologischen Verlumpung“, wie man in Anlehnung an Marx' Ausführungen zum „Lumpenproletariat“ formulieren könnte. Die Restbestände des Linksextremismus verzichteten weitgehend auf stringente sozialökonomische, marxistische Analyseanstrengungen. Stattdessen glitten sie – besonders im autonomen Segment – in Identitätsdiskurse ab: Genderfragen, Gentechnik, Veganismus und allerhand ökologisch Verwandtes, Kampf gegen Rassismus und „Islamophobie“, Identifikation mit Migrantengruppen (in der Regel ohne deren Beteiligung). Schließlich kam bei den sogenannten Antideutschen die Frage auf, ob das eigene nationale Kollektiv nicht einen

genetischen Defekt habe, der zu Rassismus, Faschismus und Krieg führe. All das beherrschte die Diskussionen der extremistischen Linken in Teilen schon seit 1990.

Die Entfernung vom ursprünglich linken Kernthema – der sozialen Frage – ist inzwischen erheblich. Die „Arbeiterklasse“ wurde als „revolutionäres Subjekt“ verabschiedet und als „latent faschistisch“ abqualifiziert: Der weiße einheimische Unterschichtangehörige wähle schließlich möglicherweise rechtspopulistisch. Als sein Ersatz hat sich ein Teil des Linksextremismus ein ideologisch passendes Bild vom – angeblich durchweg durch Kapitalismus und Imperialismus verfolgten – Migranten zurechtgelegt. Bei dem idealisierten neuen Identifikationsobjekt werden einzelne Aspekte ausgeblendet, die mit ursprünglichen „linken“ Normen schlecht in Übereinstimmung zu bringen sind, z.B. tribalistische Familienstrukturen, sexistische Frauenbilder, Antisemitismus und Islamismus. Indem man solche Belastungen als Ausdruck „kultureller Diversität“ verharmlost, verabschiedet sich der linke Identitätsdiskurs zugleich noch von zwei anderen Kernanliegen des marxistischen Denkens: von der Religionskritik und der Emanzipation der Frau.²

Die Dimension dieses Umbruchs ist unübersehbar: Hatte im weitesten Sinne „linkes“ Denken bisher immer einen universalistischen Anspruch und bezog es sich auf die (bisweilen vermeintlichen) Interessen großer Mehrheiten (das Proletariat als zahlenmäßig ganz überwiegende Klasse), so konzentriert es sich heute auf Identitätsdiskurse kleiner und kleinster Minderheiten und zugleich auf einen umfassenden Normenrelativismus. Im Kern bedeutet dieser Abschied von zentralen Ideen der europäischen Aufklärung zugleich den finalen moralischen Bankrott des Linksextremismus.

Diese Entwicklung hat allerdings zugleich den entlastenden Effekt, dass man sich beim „Widerstand gegen das Schweinesystem“ keinen besonderen ethischen Erwägungen über die Formen, Ziele und Reichweiten linker Militanz mehr stellen muss. Hamburg hat gezeigt, dass Gewalt und Zerstörung als Teil des autonomen Lebensgefühls und der Selbstverwirklichung künftig auf konsistente ideologische Begründungen weitgehend verzichten kann. Sie haben sich auf jene faschistische Ästhetik reduziert, welche den „Schwarzen Block“ als „Prätorianergarde“ der Szene schon lange ausgezeichnet hatte.

Relevanz der Feindbilder

Solchen Verlusten stehen auch gewisse kompensatorische Effekte gegenüber. Der weitgehende Verlust der Utopie lässt – wo positive Ziele nicht gefunden werden können – die Feindbilder in den Vordergrund rücken. Ihre Bedeutung scheint beständig zuzunehmen, und die Bereitschaft, den imaginierten Feind auch mit tödlichen Konsequenzen zu bekämpfen, nimmt zu, wo Selbstbestätigung in den eigenen linken Echoräumen vermehrt sprachlos bleibt. Auch dazu ist eine gewisse Rationalisierung notwendig. Der Diskurs innerhalb des Linksextremismus leistet dies, indem er unter Verzicht auf größere Differenzierung und Argumente den „Kapitalismus“ und das „System“ sowie seine „Repräsentanten“ und „Symbole“ zum absoluten Feind erklärt, aus dessen Wirken alle anderen beanstandeten Übel abgeleitet werden. Die Auswahl der Ziele lässt sich nunmehr leichthändig begründen: Polizisten und Soldaten sowie andere öffentlich Bedienstete stehen in der ersten Frontlinie. Aber was die Auswahl von Anschlagzielen angeht, lässt die generelle Rückführung von jedwedem Missstand auf „Kapitalismus“ und „System“ praktisch unbegrenzte Flexibilität zu. Alles, was mit Staat und Marktwirtschaft zu tun hat und nicht ausdrücklich Opferstatus genießt, kommt als Anschlagziel infrage.

Für die Veranstalter der *Welcome to Hell*-Demonstration war es deshalb zunächst kein gesondertes Problem, dass sich die Gewalt im Hamburger Schanzenviertel auch gegen Kleinwagen, Fahrräder, Kioske und die Läden kleiner Händler richtete.

- 1| Michael Hardt/Antonio Negri, *Empire. Die neue Weltordnung*, Frankfurt/New York, 2002, und *Comité invisible, L'insurrection qui vient*, Paris, 2007; deutsche Ausgabe: *Unsichtbares Komitee, Der kommende Aufstand*, Hamburg, 2010.
- 2| *Die erfrischend deutliche Gegenposition dazu bezieht ein Redakteur des „Neuen Deutschland“ in einem Buch, das die soziale Frage gegen die postmoderne Linke verteidigt: Christian Baron, Proleten, Pöbel, Parasiten. Warum die Linken die Arbeiter verachten*, Berlin, 2016. *Baron irrt allerdings, wenn er die postmoderne Linke als nicht links, sondern grün-alternativ kritisiert: Auch die im marxistischen Sinne „verlumpete“ gauche de caviar gehört biographisch und politisch in Deutschland zur Linken, unabhängig von ihren bisweilen lebensphilosophisch-braunen Einsprengseln.*

NEUFORMIERUNGEN

Für den deutschen Linksextremismus hatte der G20-Gipfel den erstaunlichen Effekt, dass sich im *Kapitalismusbashing*, als größtem gemeinsamen Nenner, Teile der ursprünglichen autonomen Szene plötzlich wieder auf den „Kommunismus“ als Fernperspektive einließen. Am knappsten hatte dies die „Interventionistische Linke“ (IL) schon 2014 mit dem Aufruf „Kommunismus statt Schweinesystem“ getan.¹ Sprachlich ist das der Versuch, eine Synthese zwischen revolutionären Marxisten und Autonomen herzustellen: Die sogenannten Postautonomen betraten die Szene.² Damit sind Personen und Zusammenhänge der autonomen Szene bezeichnet, die sich Gedanken darüber machen, wie sich die nach links dargereichten Toleranzangebote der Mehrheitsgesellschaft in politischen Einfluss umsetzen lassen.

Es gab und gibt mehrere solcher Ansätze, von denen hier beispielhaft nur die IL als das augenscheinlich erfolgreichste Modell skizziert werden soll. Ihr Name ist Programm, die Wege zur funktionierenden Organisation waren lang. Am Anfang scheint die Auffassung einzelner autonomer Strukturen gestanden zu haben, dass linksextremistische Politik eine gewisse Verbindlichkeit und feste Strukturen benötigt, um erfolgreich zu sein. Zudem sollten eigene Inhalte in die offensichtlich aufnahmebereite und duldsame Gesellschaft transportiert werden. Nicht um subkulturelle Abschottung, sondern um Verbreiterung der eigenen Basis sollte es gehen. Gemeinhin nennt man so etwas Bündnispolitik, und man

benötigt dazu ein affines Milieu, das es mit Abgrenzungen gegenüber Gewalttätern nicht allzu genau nimmt. Auf dieser Linie hatten Gruppen wie „Für eine linke Strömung“ (Fels, Berlin) oder „Avanti!“ (Kiel) ebenso wie die trotzkistische „internationale sozialistische linke“ (isl, Köln) über mehrere Jahre vorgearbeitet, bevor sie nach langen internen Debatten seit 2014 mit autonomen Gruppen in der 2005 gegründeten IL fusionierten. Mit von der Partie ist auch die Redaktion der Zeitschrift „analyse & kritik“, einst als „Arbeiterkampf“ das Organ der wirkungsmächtigsten Organisation der „Neuen Linken“ in links-militanten Proteststrukturen, des „Kommunistischen Bundes“ (KB).³

Kampagnentechnisch ist die IL für die regional übergreifenden Gewaltanlässe zuständig: Dazu zählen die Wirtschaftsgipfel (G8 in Heiligendamm/Mecklenburg-Vorpommern 2007 und G7 in Elmau/Bayern 2015) sowie die Bearbeitung traditioneller Kampagnenfelder linker Gewalt („Antikernkraft“, „Antifaschismus“, „Antimilitarismus“). Ritualisierte regionale Gewalteinvents (Rote Flora in Hamburg, 1. Mai in Berlin, Proteste gegen die jährliche Konferenz für Sicherheitspolitik in München) fallen eher in die Zuständigkeit örtlicher Szenen. Die Kampagnenpalette der IL ist von jener Beliebigkeit geprägt, die zeigt, dass die Feindbilder und Gewalt um der Gewalt willen der rote Faden sind.⁴ Der strategische Fahrplan verweist auf eine fast optimale Anpassung an die Themen der identitätsdiskursiven *gauche de caviar*; damit findet die IL auch Zugang zu Protestbündnissen, die im politischen Bereich nicht nur Teile der Partei „Die Linke“ (als politischer Schutzschirm von Gewalteinvents⁵), sondern bis heute auch marginale Teile von Bündnis90/Die Grünen⁶ umfassen.

In solchen Aktionsbündnissen war seit jeher die regelmäßige Duldung des „Schwarzen Blocks“ Usus. Ihre politische Spannweite machte einen Ausschluss gewaltbereiter Teilnehmer kaum möglich, zumal man sich „gegen Staat und Kapital“ grundsätzlich im Recht wähnte. Deshalb gilt in solchen Bündnissen zumeist das Prinzip der *diversity of tactics*: Jedes Teilnehmerspektrum wählt seine Form des Protests eigenständig und angeblich „verantwortungsvoll“ selbst – in diesem Konsens sind dann die Protagonisten des Straßenkampfes eingeschlossen, soweit sie nicht durch exzessive Gewalt den gesamten Protestaufzug unmöglich machen. Zudem gibt es ein sehr reales Dilemma, das allen Beteiligten klar ist: Selbst ein argumentativ und phantasievoll brilliant gestalteter friedlicher Protestmarsch kann nicht annähernd jenes Presseecho erzeugen, das Bilder

von Straßengewalt liefern. Bei den Protestakteuren gibt es praktisch alle denkbaren Positionen zu linksextremistisch motivierter Gewalt. Schon 2008 wurden die unterschiedlichen Varianten in einer Nachlese zur Kampagne gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm dokumentiert.⁷ Einerseits findet man friedliche und grundsätzlich gewaltkritische Positionen: „Wenn politischer Widerstand sich des Mittels der Gewalt bedient, dann wird der Schritt zum symbolisierten Bürgerkrieg getan.“⁸ Da ist andererseits aber auch die als „Distanzierung“ formulierte Rechtfertigung von politisch motivierter Gewalt: „So gerechtfertigt die klare linke Verurteilung von Gewalt gerade bei dieser Kundgebung war, linke Politik muss sich gerade in schwierigen Situationen die Freiheit nehmen, ihr Urteil unabhängig von wie auch immer gearteten Distanzierungsgeböten der Presse zu fällen.“⁹ Oder etwas knapper und unumwundener: „Wer sich von Steinewerfern distanziert, gefährdet die Einheit der Bewegung.“¹⁰ Nur einen gedanklichen Schritt weiter heißt es: „Dass es zu *Riots* kommen würde, haben wir nicht nur gehofft, sondern auch gewollt.“¹¹

Unter solchen Voraussetzungen fällt ein Projekt wie die IL auf fruchtbaren Boden. Seine Militanzorientierung ist unzweifelhaft, aber zugleich wissen sich die Akteure in den affinen Milieus, in den parteiförmigen Schutzschirmen und auch bei der Presse zu benehmen. Die nach außen präsentierten Funktionäre, zumeist zwischen 20 und 30 Jahre alt, treten sachlich auf und können ihre Anliegen auch einer interessierten Öffentlichkeit schildern. Zugleich senden sie in die Szene Sprachcodes aus, die ihre Gewaltorientierung unterstreichen, so wenn Emily Laquer, das Gesicht der Gewalt von Hamburg, davon spricht, dass bei der gerade stattfindenden Pressekonferenz „die Gefangenen fehlen“. Diese Floskel aus längst vergangenen RAF-Tagen steht in der Szene für die Solidarität mit inhaftierten Gewalttätern; solche Botschaften werden sofort verstanden. Man kann sich die eloquenten Funktionäre gut als Absolventen linker Seminare über „gewaltfreien Widerstand“, Blockadetechniken und Gegengewaltdiskurse vorstellen.

- 1| *Zit. nach Verfassungsschutzbericht des Bundes 2015, S. 109.*
- 2| *Auch dazu gibt es kaum wissenschaftliche Untersuchungen. Verfügbar ist z.B.: Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport, Vom Autonomen zum Postautonomen, Hannover, 2016, online: www.verfassungsschutz.niedersachsen.de/aktuelles_service/publikationen-54339.html (23.07.2017).*
- 3| *Es ist unmöglich, den Einfluss früherer KB-Kader in der gebotenen Kürze zu beschreiben. Einen Vorlauf in dieser Gruppe hatte Jürgen Trittin als „Pate“ der Göttinger Autonomenszene ebenso wie Ulla Jelpke, die heutige innenpolitische Sprecherin der „Linken“ oder der Attac-Funktionär Werner Rätz. Für eine vorzügliche, allerdings immanente Analyse der KB-Geschichte vgl. Michael Steffen, Geschichten vom Trüffelschwein. Politik und Organisation des Kommunistischen Bundes, Berlin/Hamburg/Göttingen, 2002.*
- 4| *Dazu zählen neben den Wirtschaftsgipfeln Castor-Transporte („Castor schottern“), Blockaden wie „Dresden nazifrei“, die Eröffnung der Europäischen Zentralbank 2015 in Frankfurt/Main, „Ende Gelände“ gegen Braunkohlenreviere in Nordrhein-Westfalen; politisch motivierte Gewalt ist jeweils integraler Bestandteil der Agenda.*
- 5| *Die besonders gewalttätig verlaufenden Erster-Mai Demonstrationen in Berlin, so 2009, wurden von Mitgliedern und sogar Funktionsträgern dieser Partei angemeldet; ähnlich verhält es sich bei diversen „antifaschistischen“ Gewaltaktionen in Sachsen.*
- 6| *Die – aus der Parteigeschichte erklärbare – Rolle von Bündnis 90/Die Grünen als legalistischer Schutzschirm der Gewalttäter, nach autonomen Stellungnahmen das Verfahren „Wir machen Putz und die Grünen vermitteln das Ganze politisch“ (zitiert nach Jan Schwarzmeier, Die Autonomen, Göttingen, 2001, S. 93), gilt nicht mehr, seit die Partei in Koalitionen politische Verantwortung übernimmt. In diese Rolle ist heute „Die Linke“ geschlüpft.*
- 7| *Rainer Rilling (Hrsg.), Eine Frage der Gewalt. Antworten von links; Reihe: Texte der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Bd. 49, Berlin, 2008.*
- 8| *Ebda., S. 121.*
- 9| *Ebda., S. 33.*
- 10| *Ebda., S. 27.*
- 11| *Ebda., S. 51.*

DIE HAMBURGER KRAWALL-CHOREOGRAPHIE

***Pull*-Faktoren und Gelegenheitsstrukturen**

Für die Ausschreitungen am Rand des G20-Treffens waren in Hamburg alle idealen Voraussetzungen für die Täter erfüllt. Sowohl die von der Politik verursachten *Pull*-Faktoren als auch die örtlichen und situativen Gelegenheitsstrukturen stellten optimale Bedingungen zur Verfügung:

- Maximaler Provokationswert eines Treffens von Staatschefs, auf dem informell über zentrale Fragen ganzer Volkswirtschaften entschieden wird.
- Hoher Provokationswert des neuen US-Präsidenten Donald Trump¹ – wer erinnert sich da nicht an die legendären Krawalle anlässlich des Besuches von Ronald Reagan in Berlin (West) 1983 während der Kampagne gegen die NATO-Nachrüstung?
- Hoher Freizeitwert des Gipfelorts, optimale meteorologische Voraussetzungen (Gipfel in den Wintermonaten bei Regen und Nässe gelten als weniger attraktiv).
- Optimale Empfangslogistik für ausländische Gastrandalierer durch eine Szene vor Ort.

- Diese Szene verfügt über mehrere, teils über Jahre erstrittene territoriale Stützpunkte in einer als „links“ geltenden Stadt (Mythos der Thälmann-Stadt, des Kommunistaufstandes 1923 und der Hafenstraßenszene).
- Die territorialen Exklaven wie Rote Flora² und Brigittenstraße liegen in direkter Nähe zu den Gipfelevents. Sie befinden sich in Stadtvierteln, in denen es ein ausgeprägtes *juste milieu* gibt, das die Gewaltszene – zumindest recht verbreitet – für einen besonders hippen Lifestyle hält.
- Massive und verlässliche parlamentarische Rückendeckung durch eine Partei in der Hamburger Bürgerschaft, deren langjährige Parlamentarische Geschäftsführerin ebenso langjährige Aktivistin in der Solidaritätsarbeit für Linksterroristen war.

Konnte es da erstaunen, dass sich die Aktivisten in Hamburg wohler fühlen mussten, als zwei Jahre zuvor am Rand des G7-Gipfels im bayerischen Garmisch-Partenkirchen?

Von allen Sicherheitsbehörden wird die Einschätzung geteilt, die Krawalle seien von den Tätern bestens geplant, professionell inszeniert und äußerst minutiös durchgeführt worden.

Die Akteure

„Das waren keine Hamburger!“ ist die ins dargebotene Mikrofon gesprochene Stellungnahme eines sichtlich erregten Bewohners des Hamburger Schanzenviertels. Sicher – die Organisatoren sprachen von „Freunden“ aus Spanien, Italien, den Niederlanden und Schweden. Deren Anteil war offensichtlich nicht unbedeutend, denn von den während der Krawalle 186 festgenommenen Personen hatten immerhin 54 keine deutsche Staatsbürgerschaft.³ Manche der Szenen im Ausland (Griechenland und Italien z.B.) kennen Militanztraditionen, neben denen die Gewaltpraktiken deutscher Linksextremisten eher blass aussehen.

Nicht alle Gewalttäter waren indessen Linksextremisten; das vor Ort aus unterschiedlichsten Quellen gewonnene Bildmaterial zeigt nicht nur szenetypisch professionell verummte, sondern auch durchschnittlich bis gehoben gekleidete Täter und Gaffer unterschiedlichen Alters. Es gehört

allerdings zu den Spezifika eines geplanten Aufruhrs, dass er sogenannte Gastrandalierer oder Eventgänger – als ein erster hier vorzustellender Akteurstypus – anlockt.⁴ Kippen die Ereignisse auf der Straße dann in Richtung Konfrontationsgewalt, laufen gruppenspezifische und situative Prozesse ab, die nicht mehr rein politisch motiviert sind. Es ist allerdings diese Gelegenheitsstruktur eines Gewalthevents, die Partygänger anlockt. Niemand verfiel auf die Idee, sich in einer ostdeutschen Kleinstadt einem Neonazi-Aufmarsch anzuschließen und bei der Gelegenheit auch noch gleich den örtlichen Supermarkt zu plündern. Und auch Hooligans wissen in der Regel recht gut, was in der „dritten Halbzeit“ geht und was nicht: Fussballkrawalle haben keine politische Lobby, und die Täter können nicht auf Nachsicht der Justiz rechnen.

Das ist bei linksextremistischer Straßengewalt, besonders in einem extremismusaffinen Umfeld, anders: Es handelt sich um Krawalle mit Ansage, bei denen polizeiliche Abwehrmaßnahmen zumeist von vornherein von Verwaltungsgerichten mit Hinweis auf die Grundrechte der Demonstrations- und Meinungsfreiheit eingeschränkt werden. Auch steht den Eventgängern eine Kulisse aus Neugierigen und – bei Demonstrationen – aus nicht-gewalttätigen Teilnehmern zur Verfügung, in der sie untertauchen können. Wie hoch der Anteil der Gastrandalierer in Hamburg war, bleibt demnach unklar. Klar ist jedoch: Je besser ein solches Gewalthevent vorbereitet ist, desto mehr von ihnen lockt er an.

Ein zweiter Akteurstypus wird in jeder gesellschaftlichen Subkultur von „Aktivisten“ gestellt, die sich häufig, aber keineswegs durchweg, aus sozial marginalisierten zusammensetzen. Dieses Segment zeigt aus sehr unterschiedlichen Gründen Probleme einer Integration in die bestehende Rechtsordnung. Dabei mögen wirtschaftliche Prekarität, Vorbelastungen wie defekte Familien, frühe Erfahrungen mit Gewalt und gescheiterte Ausbildungsverläufe ebenso eine Rolle spielen wie Allgemeindelinquenz und Drogenkonsum. In rechtsextremen Milieus wird dieser Typus nicht selten durch den abgehängten, bildungsfernen, häufig straffälligen und hoch gewaltaffinen Skinhead oder Neonazi repräsentiert. Sein Gegenstück aus der islamistischen Szene rekrutiert sich aus Personen mit vergleichbaren kriminologischen Belastungsfaktoren. Häufig scheitern sie zusätzlich an kulturellen Konflikten zwischen ihren Parallelgesellschaften und der Mehrheitsgesellschaft und werden schließlich – nicht selten im Strafvollzug – von Islamisten mit einem neuen Identitätsangebot geködert.

Die autonome Szene kennt bei diesem Typus fließende Übergänge, z.B. zur Punk-, Treber- und Drogenszene. Der typische Autonome ist jedoch aus eher bewusst politischen Motiven heraus „desintegriert“, weil er die angeblich allgegenwärtigen „kapitalistischen Verwertungszwänge“ der Mehrheitsgesellschaft ablehnt. Schon in den Anfängen der Autonomenbewegung wurde er charakterisiert: „Dass ein Leben ohne Lohnarbeit (...) realisierbar ist, das beweist die Existenz von mehreren tausend arbeits-scheuen Aussteigern, Chaoten, Hausbesetzern und umherreisenden Berufsrevolutionären (...). Ein Maximum an Aneignung von produzierten Überflüssen macht ein solches Leben nicht nur theoretisch möglich. Praktisch heißt das, hier ein bisschen BAFöG oder Arbeitslosenunterstützung klauen, dort ein bisschen Obst von Kaisers, keine Miete mehr zahlen, jedes Jahr ein kleiner Versicherungsbetrug.“⁵

Für diesen Typus, der den Bruch mit der Rechtsordnung und seine bewusste Desintegration politisch begründet, gehört Gewalt zum Lebensgefühl – er stellt die Masse des autonomen Aufruhrpotenzials dar.

Ein dritter Akteurstypus findet in der öffentlichen Auseinandersetzung zu wenig Aufmerksamkeit. In klassisch parteikommunistischer Diktion müsste man ihn als „Kader“ bezeichnen. Es gibt ihn in allen drei Extremismusphänomenen: Bei den Rechtsextremisten als intellektueller Vor-denker, jahrzehntelanger Partei- und Gruppenfunktionär, als sogenannter „Bewegungsunternehmer“, der nach außen präsentabel erscheint. Bei den Islamisten sind vorgeblich bestens integrierte dschihadistische Kämpfer ebenfalls optisch unauffällig. Andere – wie Hassprediger – sind zwar durch Dresscodes und Verhaltensmuster erkennbar, folgen aber einer reflektierten Strategie und sind alles andere als bildungsfern.

Diesen Typus gibt es auch in der linksextremistischen Szene. Und er wurde in Hamburg hinreichend sichtbar: Jener Trupp schwarz gekleideter, die auf dem Marsch über die Elbchaussee Fahrzeuge anzündeten und die Insassen eines Linienbusses schockierten, bestand nicht aus Eventgängern, sondern gehörte zur „Prätorianergarde“ der Szene. Auch wer in „Bezugsgruppen“ (engl: *affinity groups*) Wechselkleidung vorhält, Wurfmaterial und Brandsätze vorher in der Nähe des Tatorts einlagert und nach bestimmten Codes und Kommandos agiert, zählt zu diesem Typus. Die entsprechenden Techniken sind seit den ersten gewaltsamen Störungen internationaler Wirtschafts- und Politikgipfel sorgfältig konzipiert, vermittelt und weiterentwickelt worden. Letzteres geschieht nicht

zuletzt in Kursen und Trainingscamps, meist unter dem Vorwand, es handle sich hier um die Einübung „zivilen Ungehorsams“, der natürlich „gewaltfrei“ sei.⁶ Auch Universitäten bieten Raum für derartige Veranstaltungen. Dem entspricht näherungsweise das soziologische Profil des Kaders. Er ist fast durchweg mit (fertiger oder abgebrochener) akademischer Bildung ausgestattet, diszipliniert in Wortwahl und Verhalten, versteht es zumeist, mit Multiplikatoren und Behörden umzugehen, kennt die Schlupflöcher des Rechtsstaates und somit die legalen Reichweiten seiner Anliegen. Viele von ihnen wissen sich ökonomisch durch Anstellungen – bevorzugt öffentlich besoldet und mit inhaltlicher Nähe zu politischen Aktionsfeldern – abzusichern. Sie beherrschen die Techniken doppelter moralischer Standards und die Fähigkeit zum *double speech*: Die moderate, Empathie erzeugende Rede gilt häufig einem an sich eher legitimen Anliegen, gegebenenfalls kombiniert mit der Opferpose der staatlich verfolgten Minderheit einerseits, dem Szenejargon aus der Sprache des Gewalttäters und Berufsrevolutionärs andererseits. Es ist dieser Typus, der die Verfestigung der *breeding grounds* linksextremer Gewalt betreibt.

- 1| *Eingeübte antiamerikanische Reflexe sind in der deutschen Medienlandschaft gerade gegenüber diesem Politiker wirksam: In keiner westlichen Medienlandschaft sammelt Trump so hohe negative Berichtsanteile wie in Deutschland; vgl. Die Welt kompakt vom 23.05.2017.*
- 2| *Das seit 1989 mit Duldung der Politik von Autonomen besetzte ehemalige Musiktheater im Hamburger Schanzenviertel ist im Jargon der Szene ein sogenannter Freiraum – will sagen, ein Ort, an dem das staatliche Gewaltmonopol nicht gilt. Es gibt eine einzige fundierte Studie dazu: Karsten Dustin Hoffmann, „Rote Flora“. Ziel, Mittel und Wirkungen eines linksautonomen Zentrums in Hamburg, Baden-Baden, 2011.*
- 3| *Angaben des Bundesministeriums des Innern (BMI), hier zit. nach: Manuel Berwarder, Was eine europäische Extremistendatei nicht leisten kann, in: Die Welt vom 16.07.2017.*
- 4| *Eine wissenschaftliche Untersuchung zu den tatverdächtigen Festgenommenen des sehr gewalthaltigen Verlaufs der Berliner Erster-Mai-Demonstration 2009 zeigte, dass ein erheblicher Anteil der Festgenommenen nicht durch politisch motivierte Kriminalität aufgefallen, etliche bisher überhaupt nicht polizeibekannt gewesen waren.*
- 5| *Zit. nach Jan Schwarzmeier, Die Autonomen, S. 55 f.; orthografische Fehler im Original. In: Radikal Nr. 100, 1/1982, S. 14.*
- 6| *Das Konzept des „zivilen Ungehorsams“ (civil disobedience) geht im Ursprung auf Mahatma Ghandi zurück. Es schließt die Bereitschaft ein, bei einem offenen, appellativen Gesetzesverstoß die Strafe in Kauf zu nehmen. Das ursprüngliche Konzept gibt heute nur noch das Etikett her: Selbstverständlich stellt sich im Regelfall der Autonome nicht freiwillig der Strafjustiz. „Gewaltfreiheit“ ist ein doppeldeutiger Begriff. Es handelt sich um die gängige Übersetzung aus dem englischen non-violent (nicht personenverletzend). „Gewaltfreiheit“ schließt damit in autonom-anarchistischer Auslegung Sachbeschädigungen jeder Art ein. Selbst Brandanschläge und Plünderungen werden demnach als noch „gewaltfreie“ Aktionsformen deklariert: „Eine eingeschlagene Fensterscheibe empfindet keinen Schmerz“, lautet einer der dazu gängigen Euphemismen.*

NACHLESE

Die Stadt: Hamburg als Geisel

Von den Organisatoren wurden die Hamburger Gewaltexzesse zunächst als positiv eingeschätzt – der Autonomenanwalt Andreas Beuth fand Plünderungen gut, beanstandete allerdings, dass sie nicht in Hamburger Nobelvierteln, sondern in der „eigenen“ Sternschanze stattgefunden hatten. Später ruderte er zurück: Sie, die Organisatoren, hätten „diese Leute“ gerade nicht „eingeladen“. Die verbreitete Ablehnung der Plünderungen durch die Bewohner des an sich linksaffinen Viertels lässt aufhorchen.

Der G20-Krawall war aus Sicht der Hamburger Bevölkerung eine Geiselnahme mit Ansage, denn schon lange möchte in manchen Großstädten eine winzige Minderheit der großen Mehrheit vorschreiben, was gefälligst an Gewalt und Kriminalität zu tolerieren sei, wer wann wo was zu tun oder zu lassen habe. Die Hamburger konnten dergleichen schon Jahre zuvor von zwei stadtbekanntem Rappern in einem Mobilisierungsvideo „Flora bleibt“ erfahren. „Räumt die Flora, wenn ihr wollt, dass die Stadt brennt“, lautete im Refrain das Angebot der einige tausend Köpfe zählenden Szene an den ziemlich erheblichen Rest der Bewohner.

Diesmal allerdings war die Lage insofern besonders schockierend, als dem angekündigten Aufruhr das größte Polizeiaufgebot gegenüberstand, das in der Demonstrationsge-

schichte der Republik niemals eingesetzt wurde. Wer annahm, es würde auch das Schanzenviertel schützen können, sah sich getäuscht: Das staatliche Gewaltmonopol wurde zeitweilig durch die Herrschaft des Mobs ersetzt. Für die Bewohner der betroffenen Viertel war es wenig tröstlich, dass es der Polizei immerhin gelungen war, den Gipfel und seine Teilnehmer zu sichern. Für sie war der Gesellschaftsvertrag gebrochen, der von ihnen verlangte, den Schutz der Rechtsordnung in die Hände des Staates zu legen und im Gegenzug auf die eigene bewaffnete Durchsetzung von Rechten zu verzichten.

Bei den Bewohnern des betroffenen Schanzenviertels – sie werten autonome Zentren wie die Rote Flora und begrenzte Regelüberschreitungen eher als hippe und coole Lokalkolorit – hat diese Erfahrung eine mindestens teilweise Entzauberung der „bunten“ Autonomenszene bewirkt und zugleich, soweit aus den Reaktionen ablesbar, zu einem bürgerschaftlichen Schulterschluss geführt. In Bezug auf die als Geisel genommene Hansestadt zählen beide Effekte zu den dialektischen Folgen der Ereignisse.

Die Politik

Die beabsichtigten Bilder der Gastgeber und ihrer europäischen und transatlantischen Partner mit internationalen Gästen wie Xi Jinping, Wladimir Putin und Recep Tayyip Erdogan wurden durch die Gewaltszenen in den Straßen unmittelbar neben dem Gipfel weitgehend überblendet.¹

Dabei ist nicht zu leugnen, dass die Bundesregierung sich in einem kaum auflösbaren Dilemma befunden hatte: Einerseits hatten ihr natürlich sämtliche Experten ihrer eigenen Sicherheitsbehörden davon abgeraten, den Gipfel ausgerechnet in Hamburg zu veranstalten. Andererseits geht es natürlich nicht, dass sich eine demokratisch legitimierte Regierung von einer zahlenmäßig eher marginalen Gewaltszene vorschreiben lässt, wo sie internationale Gäste empfängt.

Polizei und Justiz

Für die deutschen Sicherheitsbehörden ist zumindest im Nachhinein deutlich geworden, dass die in Hamburg anfallende Konzentration von Aufgaben und Kräften (mehr als 20.000 Beamte) ein Limit darstellt. Auf diese Situation hatten Autonome in Rostock zeitgleich reagiert, indem sie

eine kleine Scherbandemo in einer Innenstadtstraße veranstalteten. Ihre dazu völlig zutreffende Einschätzung lautete, dass Rostock während des Gipfels praktisch polizeifrei gewesen sei.²

Die in den Sicherheitsbehörden nicht nur in Hamburg registrierte qualitative Eskalation linksextremer Gewalt – die Tötung von „Bullenschweinen“ wird verbal und durch entsprechende Handlungen zunehmend in Kauf genommen – führt damit an die Grenze bisheriger Einsatzkonzepte.³

„Die kriminellen Gewalttäter haben kaltblütig den Tod von Polizistinnen und Polizisten in Kauf genommen“, stellte Oliver Malchow als Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP) fest. Sein Kollege Gerhard Kirsch (Vorsitzender GdP-Landesverband Hamburg) sah die Polizei am Limit: Allen sei klar, dass die Aufgaben nur „unter Aufbietung letzter Kraftreserven und Einsatz der Gesundheit“ zu erfüllen gewesen seien. In den letzten 20 Jahren sei „von gewählten Politikern billigend in Kauf genommen (worden), dass die Überbeanspruchung von Polizistinnen und Polizisten nicht Ausnahme blieb, sondern Methode wurde.“⁴ Die konkurrierende Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) sah das nicht viel anders: „Die Polizei in Deutschland ist an ihre Grenzen gelangt (...), weil es nicht genügend Personal gegeben hat und genau dies zu einer kompletten Überforderung der Einsatzkräfte geführt hat.“ Der stellvertretende Bundesvorsitzende Joachim Lenders sah auch auf die „schützenden Milieus“ des Linksextremismus: Dem Entstehen linker Gewalt sähen „weite Teile der Gesellschaft mit einer Mischung aus augenzwinkerndem Verständnis, schulterzuckender Ignoranz und auch freudiger Erwartung zu“. Das müsse sich ändern.⁵

Diese Botschaften scheinen mindestens bei der Strafjustiz Gehör gefunden zu haben. Ende August wurde ein niederländischer Linksextremist wegen schweren Landfriedensbruchs zu zwei Jahren und sieben Monaten Haft verurteilt – das Gericht war über den Antrag der Staatsanwaltschaft hinausgegangen.⁶ Das ist angesichts der bei Linksextremisten ziemlich üblichen Praxis, Verfahren angesichts öffentlichen Drucks aus der Szene und sehr professioneller „Linksanwälte“ als Verteidiger eher einzustellen, durchaus eine Art Trendwende. Schließlich hatte ein Hamburger Verwaltungsgericht im Vorfeld der Krawalle das Verbot von „Gipfelcamps“ in öffentlichen Parks aufgehoben, wodurch die Zusammenrottung angereicherter Gewalttäter erleichtert wurde.

Die linksextremistische Szene

Für die Veranstalter der Gewaltexzesse sieht die Bilanz durchmischter aus als es die ersten euphorischen Reaktionen nahelegen:

Ein zentrales Denkmuster linksextremer Gewalt nach Jahren staatlicher Duldung ist die Reklamation, man habe sich zu ihr selbst „ermächtigt“. Solches *Empowerment* tauchte z.B. 2011 in Taterklärungen zu den Anschlägen gegen Steuerungsknotenpunkte des Berliner S-Bahn-Verkehrs auf, dann wieder bei den schon im Kontext mit dem G20-Gipfel verübten Anschlägen gegen Signalanlagen der Deutschen Bahn im Juni 2017. Damit sollte, so die Täter, der „kapitalistische Normalbetrieb entschleunigt“ werden. In beiden Fällen kam es allerdings zu einem Shitstorm gegen die Täter, auch in linksextremen Internetportalen wie „indymedia linksunten“. Sogar das affine Umfeld hatte also den Avantgarde-Anspruch der „Selbstermächtigung“ abgelehnt. Es beanstandete zudem, die Taten hätten nicht „das System“, sondern die normale Bevölkerung getroffen.

Bei den Gewaltexzessen gegen den G20-Gipfel in Hamburg wurde ein vergleichbares Muster deutlich: Die ersten Reaktionen der Rädelsführer aus der IL waren sehr euphorisch. Angela Merkel sei ihre G20-Show gründlich misslungen, der Versuch, mit einem riesigen Polizeiaufgebot und rigoroser Verbotspolitik die Proteste fern- und kleinzuhalten, sei gescheitert. Man habe zeigen wollen, dass Widerstand und grundsätzlicher Widerspruch von links möglich seien. Für die Politik sei es eine Niederlage auf der Straße gewesen.⁷

Genau darum war es gegangen: Ohne sich mit Begründungen und Ziel-Mittel-Erwägungen sonderlich aufzuhalten, hatte der gewaltbereite Linksextremismus im Lenin'schen Sinne „die Machtfrage gestellt“.

Ins gleiche Horn stieß das autonome Bündnis „... ums Ganze!“ mit einer euphorisch betitelten Stellungnahme „Ein Gruß aus der Zukunft!“: Die Friedhofsruhe im Herzen des europäischen Krisenregimes sei durchbrochen. Nun würden die Zeiten härter, die Polarisierung nehme zu. Die Vielfalt der Aktionsformen – also unter Einschluss gewaltsamer – hätten sich gegenseitig ergänzt, denn „ohne militante Aktionen an anderer Stelle, die viel Polizei gebunden haben, wären wohl weder die Blockadefinger noch die Hafensperre so relativ erfolgreich gewesen“⁸.

Beide Gruppen wännen sich im Schulterschluss mit „den Hamburgern“, sie evozieren das typisch marxistische Bild von der „revolutionären Avantgarde“ und ihrer „Verbundenheit mit den Massen“, die gemeinsam die Ablehnung des Gipfels zum Ausdruck gebracht hätten. Gegenstand dieser postautonomen Selbstsuggestion war schon die in der Szene gängige Parole „Ganz Hamburg hasst die Polizei“ gewesen. Besonders das „... ums Ganze!“-Bündnis sah die „Verbindung mit den Massen“ darin, dass die bekannte Taktik, in linken Protestbündnissen Friedliche und Gewalttäter gleichberechtigt und arbeitsteilig agieren zu lassen (*diversity of tactics*), den Ausschlag für den Erfolg gegeben habe: Ein Hauch von Thälmann-Romantik und der Mythos des kommunistischen Aufstandsversuchs von 1923 liegen in solchen Aussagen.

Die Dialektik des zweifelsfreien linksextremen „Erfolgs“ liegt indessen darin, dass er sich im Nachhinein als ambivalent herausstellen sollte. Die Szene hatte, gewöhnt an jahrelange staatliche Nachgiebigkeit und gesellschaftliche Duldung, den Bogen überspannt.

Erstens erwies sich angesichts der wahllosen Zerstörungen, besonders im Schanzenviertel, der Mythos eines Schulterschlusses mit „den Hamburgern“ als Fiktion. Im Gegenteil bröckelte der Rückhalt sogar in den bisher schützenden Milieus. In der Folge sollten in großer Zahl Bewohner selbst gefertigte Videos und Handyaufnahmen von Tätern an die Polizei liefern. In der Presse sickerten Nachrichten über Schutzgelderpressungen der Szene gegenüber ortsansässigen Gewerbebetrieben durch. Und ein Anwohner, der eine Petition über die Umwandlung der Roten Flora in einen Kindergarten in Lauf gesetzt hatte, wurde massiv bedroht. Als Andreas Beuth, das „Gesicht“ der Roten Flora, dann noch mit der Stellungnahme hervortrat, die *Riots* seien zwar in Ordnung gewesen, sollten demnächst aber eher in den Hamburger Nobelvierteln stattfinden, war das Maß ziemlich voll. Spätere Stellungnahmen von örtlichen Politikern der Partei „Die Linke“, man könne auf dem von der Polizei gesammelten Bildmaterial zu den Plünderungen keine Straftaten erkennen, lösten nur noch Kopfschütteln aus.

Zweitens hatte die Strategie eines (informellen) Bündnisses zwischen den „Bewegungseliten“ des „No G20“-Bündnisses und dem Mob der durch irgendetwas motivierten Eventgänger, sich als zweiseitig erwiesen. Der Mob war zwar in großer Zahl erschienen, erwies sich aber als nicht steuerbar und setzte sich durch Aktionen in Szene, die beim besten

Willen nicht mehr mit dem angeblichen Zweck der Sache, den Gipfel zu verhindern, in Einklang gebracht werden konnten.

Drittens kann man die Ereignisse durchaus auch als Zeichen einer gewissen Schwäche des Linksextremismus deuten. Gelegenheitsstrukturen und *Pull*-Faktoren waren enorm günstig gewesen und sind in dieser Form kaum wiederholbar. Teile des angeblich „gefürchteten“ Staatsapparates hatten die Organisationsmöglichkeiten von Gewalttätern in öffentlichen Parks erlaubt und damit polizeiliche Präventionskonzepte durchkreuzt. Dennoch war offensichtlich die Hilfe von militanten linken Gewalttätern aus ganz Europa erforderlich, um die entsprechenden Ergebnisse zustande zu bringen.

Viertens hat die völlige Abkopplung der Gewalt von ihrem angeblichen revolutionär-politischen Zweck gezeigt, dass der Sinn hohl geworden ist. Linksextremismus ist ein Konzept, das in einer veränderten, sich polarisierenden Gesellschaft allenfalls noch als Phantomschmerz früherer „heroischer“ Kämpfe überdauern kann. Er ist einerseits in seiner marxistisch-leninistischen Variante funktionslos geworden, weil die soziale Frage gerade in europäischen Ländern mit einer ursprünglich starken Linken wie Italien oder Frankreich praktisch vollständig auf die Seite der populistischen Rechten abgewandert ist. Andererseits steht das anarchistische Segment des Linksextremismus – an individuellen oder den aggressiv vorgetragenen Identitätsdiskursen kleinster Minderheiten orientiert⁹ – gegenüber vorwärts drängenden kollektivistischen Ideologien wie dem Rechtspopulismus und dem Islamismus perspektivisch auf verlorenem Posten.

Den Feuerschein des Hamburger „Grußes aus der Zukunft“ umweht insofern die Vorahnung der Brandstifter von ihrer historischen Obsoleszenz.

- 1| *Lediglich die zensierte Presse in der Volksrepublik China säuberte die Berichterstattung zum G20-Gipfel von den hässlichen Begleiterscheinungen.*
- 2| *Der Text fand sich im Internet-Auftritt von linksunten.indymedia; die Seite ist seit dem Verbot am 25. August 2017 nicht mehr erreichbar.*
- 3| *Dieser Konsens beruht auf einem Ereignis im nordrhein-westfälischen Essen im Jahr 1952: Bei einer illegalen Demonstration war ein kommunistischer Störer durch Schusswaffengebrauch einer in Bedrängnis geratenen Polizeieinheit ums Leben gekommen. In der Folge wurden Abstandswaffen und Schutzausrüstung angeschafft und stets weiter perfektioniert; in der polizeilichen Einsatzlehre wurde dies durch elaborierte und weitgehend erfolgreiche Konzepte der Deeskalation begleitet.*
- 4| *„Purer Hass auf die Polizei“, S. 2 + 4, in: DEUTSCHE POLIZEI, Ausgabe August 2017.*
- 5| *Joachim Lenders, G20 und die Folgen, in: Polizeispiegel Juli/August 2017, S. 3.*
- 6| *Vgl. Philipp Woldin, Urteil nach G20-Krawallen, in: Die Welt vom 29.08.2017.*
- 7| *„Die rebellische Hoffnung von Hamburg. Eine erste, vorläufige Bilanz der Interventionistischen Linken“, verfügbar unter: www.interventionistische-linke.org/beitrag/die-rebellische-hoffnung-von-hamburg.*
- 8| *„Ein Gruß aus der Zukunft. Mitteilung des ‚... ums Ganze!‘-Bündnis zum Verlauf der G20-Protteste in Hamburg“ vom 11.07.2017, verfügbar unter: <https://ums-ganze.org/gruss-aus-der-zukunft> (11.04.2018). „Blockadefinger“ sind Kleingruppen von Störern, die sich aufteilen, um Polizeisperren zu umgehen oder zu „durchsickern“ und sich dahinter wieder zu Gewalttaten zusammenfinden.*
- 9| *Als Beispiele für die Analyse dieser Prozesse „kultureller Tribalisierung“ in westlichen Demokratien z.B. Rainer Paris, Die Rhetorik der Diskriminierung, in: Neue Zürcher Zeitung (NZZ) vom 15.12.2017 oder Heinz Theisen, Die Globalisierung lässt auch Ideologien alt aussehen, in: Neue Zürcher Zeitung (NZZ) vom 29.11.2017.*

KONSEQUENZEN

Wenn die unter **viertens** aufgestellte These zutreffen sollte, dann müsste auch nach einem Ausspruch von Karl Marx gelten, dass Altes nicht fällt, wenn man es nicht stößt.

„Hamburg“ könnte durchaus zu einem Wendepunkt der inakzeptablen gesellschaftlichen Toleranz gegenüber linksextremistischer Gewalt geworden sein. Denn die Bundesrepublik Deutschland benötigt neben dem islamistischen Terrorismus und dem Rechtsextremismus nicht noch einen Linksextremismus, der zwar historisch wie gesellschaftlich obsolet ist, aber dennoch von interessierten Kräften und gesellschaftlichen Gewohnheiten künstlich am Leben erhalten wird.

Dass der Linksextremismus durchaus noch gefährlich ist, stellt ein gesellschaftliches Problem dar, welches bisweilen – ganz deutlich am Beispiel Hamburgs – auf dem Rücken der Polizei und der Gesellschaft ausgetragen wird. Der scheidende Verfassungsschutzpräsident des Landes Brandenburg hat dies für seinen Zuständigkeitsbereich prägnant formuliert: Es könne nicht gefallen, dass Rückzugsräume für Linksextremismus beständen und Solidarität mit Linksextremisten ausgesprochen werde. „Da müssten bestimmte gesellschaftliche Kreise darüber nachdenken, ob da nicht besser Ächtung angezeigt wäre. Dem gewaltbereiten Linksextremismus muss das Wasser abgegraben werden, statt ihn zu unterstützen.“¹ Dem ist nichts hinzuzufügen.

Einige Vorschläge zur Diskussion:

1. Extremismus entsteht nicht als Folge sozialer Schiefenlagen, sondern primär im Kopf. Zu den Sozialisationsmechanismen, die Linksextremismus erzeugen, gibt es – im Unterschied zum Pendant Rechtsextremismus und zur Radikalisierungsforschung zum Islamismus – kaum Erkenntnisse. Dem ist abzuhelpen: Forschung zum Linksextremismus ist zu fördern.
2. Das beste Mittel gegen die Vereinnahmung der Köpfe durch demokratische- und menschenfeindliche Ideen ist Bildung. Die Bundesrepublik Deutschland verfügt mit ihrem Gedanken, eine „wehrhafte Demokratie“ zu sein, über eine fast einzigartige Landschaft an entsprechenden pädagogischen Konzepten, die zumeist mit öffentlichen Mitteln finanziert werden. Sie richten sich weit überdurchschnittlich gegen deutschen Rechtsextremismus. Andere Phänomene wie Islamismus, ausländisch-ethnischer Rechtsextremismus, Antisemitismus und Linksextremismus spielen in der politischen Bildung nur eine Nebenrolle. Das sollte sich ändern: Von den Curricula der Schulen über die politische Bildung bis hin zur Prävention gegen Linksextremismus sollte die Betrachtung der vernachlässigten Phänomene und ihrer vergleichenden Einordnung verstärkt werden.
3. „Hamburg“ hat gezeigt, dass Linksextremismus vor allem dann wirksam sein kann, wenn er auf der Grundlage politisch und behördlich etablierter *double standards* in einer Art öffentlich geduldetem (oder sogar gefördertem) Reservat gedeiht. Die Wiederherstellung einheitlicher Standards würde daher bedeuten, dass Maßnahmen der Kriminalitätsbekämpfung, die gegen andere Extremismusphänomene gelten, auch hier anzuwenden sind.
 - 3.1 Wirksame strafrechtliche Ahndung: Die Justiz ist eine der schwächsten Säulen der „wehrhaften Demokratie“, obwohl es schon im Skandal um den NSU-Rechtsterrorismus als unschicklich galt, ihr Versagen zu erwähnen. Mit der recht schnellen und massiven Verurteilung von G20-Gewalttätern scheint sie gegen den Linksextremismus zu funktionieren. Diese Tendenz sollte unterstützt werden – durch adäquate Ausstattung der Gerichte und die Zuweisung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften für politisch motivierte Straftaten.

- 3.2 Die gängige Forderung der Politik, das Treiben von Hasspredigern im Netz zu unterbinden, wurde gegen den Trägerverein der linksextremistischen Internet-Plattform „linksunten.indymedia“ ansatzweise umgesetzt. Sein Verbot vom 25. August 2017 war das erste einer linksextremistischen Struktur seit 1964. Es folgt dem Verbot der Neonazi-Plattform „Altermedia“ im Januar 2016.
- 3.3 In der Bundesrepublik sind Vereine, die darauf zielen, die Begehung von Straftaten zu erleichtern, zu fördern und zu rechtfertigen oder den Zweck der Strafjustiz zu vereiteln, im Allgemeinen verboten. Das trifft auf die rechtsextremistische „Hilfsgemeinschaft für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V.“ (HNG) seit September 2011 und auf die islamistische „Ansarul aaseer“ seit Februar 2015 zu. Die „Rote Hilfe e.V.“ steht hier noch auf der Pflichtagenda der Innenministerien.
- 3.4 Bei der „Interventionistischen Linken“ sollte ein Verbot geprüft werden, weil die Organisation angekündigt hat, zu analysieren, „welche Strategien unter den Bedingungen einer polizeilichen Bürgerkriegsübung im urbanen Raum künftig angemessen sind“ – dekodiert heißt das, sie möchte prüfen, mit welchen Mitteln man das staatliche Gewaltmonopol künftig außer Kraft setzen kann.² Ob dazu der Weg des Vereinsverbots nach Art. 9 Abs. 2 GG oder – nach der Organisation der G20-Gewalt durch die IL – ein Strukturermittlungsverfahren nach Paragraph 129 StGB infrage kommt, kann eine rechtliche Prüfung erweisen.
4. Auch linksextremistische Projekte haben einen Anspruch auf rechtliche Gleichbehandlung innerhalb der Zivilgesellschaft. Würde man sie wie bisher privilegieren, könnte sich das auf Dauer zu einem gravierenden Legitimationsproblem des Rechtsstaats ausweiten. Warum soll ein Döner-Imbissbesitzer die zahllosen Auflagen für Hygiene und Feuersicherheit beachten, wenn die Rote Flora und verwandte Einrichtungen das nie tun? Demnach müsste man – ohne gleich von einer Schließung zu reden – feuerpolizeiliche, hygienische, baurechtliche und steuerrechtliche Standards in solchen Objekten herstellen – notfalls mit den gleichen Mitteln staatlichen Zwangs, die auch der Döner-Imbissbesitzer bei hartnäckiger Weigerung vorschriftsgemäßen Verhaltens zu gegenwärtigen hat.

5. „Autonome Zentren“ sind vielfach gemeinnützig im Sinne der Abgabenordnung und werden von Kommunen mit Fördergeldern bedacht. Das ist in vielen Fällen sinnvoll, da die Übergänge zwischen alternativer-linker Jugendkultur und Linksextremismus oft fließend sind. Dennoch müsste eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden, mit deren Hilfe die Innenministerien der Länder Kommunen die Förderung solcher Projekte untersagen könnten, falls Erkenntnisse vorliegen, die das Objekt als *breeding ground* für Kriminalität oder Extremismus ausweisen.

6. Auch andere „zivilgesellschaftliche Nichtregierungsorganisationen (NGOs)“ aus dem Umfeld linksextremistischer Bündnisse sind häufig genug als gemeinnützig anerkannt. Wenn eine NGO sich aber an einem Bündnis beteiligt (z.B. „No G20“), das insgesamt auf die Begehung von schweren Gewalttaten hinarbeitet, dann muss das zwar nicht für alle beteiligten Gruppen ein Verbot bedeuten, wohl aber zwingend die Aberkennung der Gemeinnützigkeit. Denn der Staat muss keine Organisationen fördern, die an der Übertretung von Gesetzen mitwirken, zu ihr aufrufen oder sie mit organisieren.

Im Übrigen sind NGOs nicht immer etwas automatisch „Gutes“. Im Regelfall handelt es sich um privat initiierte Vereinigungen, die mehr oder weniger von öffentlichen Geldern leben. Ihr Anliegen mag honorig sein, muss es aber nicht, denn niemand kontrolliert sie, außer ihre eigenen Mitglieder und Initiatoren. Sie genießen daher weit weniger demokratische Legitimität als kommunale Vertretungskörperschaften, Parlamente oder exekutive Behörden.

7. Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sind in der Bundesrepublik durch Zwangsabgaben jedes bundesdeutschen Haushaltes finanziert, sollen aber andererseits unabhängigen Journalismus pflegen. Es widerspräche nicht diesem Prinzip, wenn der Rundfunkrat den Auftritt von Hasspredigern unterbände.

1| Carlo Weber in: *Märkische Allgemeine* vom 28.12.2017, verfügbar unter: <http://www.maz-online.de/Brandenburg/Islamisten-und-Rechtsextreme-groesste-Gefahr-in-Brandenburg>.

2| „Die rebellische Hoffnung von Hamburg. Eine erste, vorläufige Bilanz der Interventionistischen Linken“, unter: <http://www.interventionistische-linke.org/beitrag/die-rebellische-hoffnung-von-hamburg> (vom 12.07.2017).

DER AUTOR

Dr. Rudolf van Hüllen, Jg. 1957, Studium der Politikwissenschaft, Neuen Geschichte und Rechtswissenschaft in Bonn, Promotion 1989. 1987-2006 Referent/Referatsleiter beim Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln, seither freiberuflicher Dozent; Lehraufträge an der Universität Passau und an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung (FHöV) Nordrhein-Westfalen, Fachbereich Polizeivorbereitungsdienst.

ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

*Thomas Köhler
Leiter der Hauptabteilung Politik und Beratung
Telefon: +49-(0)30-2 69 96 35 50
E-Mail: Thomas.Koehler@kas.de*

*Dr. Viola Neu
Stellvertretende Hauptabteilungsleiterin
Politik und Beratung
und Leiterin des Teams Empirische Sozialforschung
Telefon: +49-(0)30-2 69 96 35 06
E-Mail: Viola.Neu@kas.de*

*Postanschrift:
Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin*



Konrad
Adenauer
Stiftung

www.kas.de